

Was können wir wollen?

„Es wird Zeit, dass dieser Althaus endlich abtritt!“ So oder so ähnlich haben das sicherlich die meisten Genossinnen und Genossen schon bei Infoständen, im Kleingartenverein oder anderswo gehört. Scheinbar setzen viele Menschen in Thüringen große Hoffnungen in die 2009 anstehenden Landtagswahlen und auf einen möglichen Regierungswechsel von tiefschwarz zu rosa-rot. Bevor ein solcher Regierungswechsel aber zustande kommt, gibt es jedoch eine Reihe Fragen zu beantworten, ohne die eine Regierungsbeteiligung weder für die Menschen direkt, noch für etwaige gesellschaftliche Veränderungen etwas bewirkt, im Zweifel der neuen LINKEN sogar auf die Füße fällt.

Die Erwartungen, die viele ThüringerInnen in einen Regierungswechsel setzen kommen jedoch nicht aus dem luftleeren Raum, sondern haben ihren Ursprung zum einen in den konkreten Vorstellungen, programmatischen Angeboten und Forderungen der LINKEN, zum anderen sind sie aber auch Produkt von unerfüllten Hoffnungen an die bislang Herrschenden. Die LINKE steht also vor einer großen Herausforderung 2009. Eine wichtige Frage wird dabei sein, wie sie mit den Erwartungen von BürgerInnen an sich selbst umgeht, während sie doch konkrete Sachzwänge verwaltet. Ist dieser Widerspruch überhaupt aushaltbar?

Und, das wird eine ebenso zentrale Herausforderung werden: Wie geht die LINKE mit einer starken rechtsextremen und nationalistischen Opposition um? Ob diese nun den Sprung in den Landtag schafft oder nicht sei dahingestellt, aber dort, wo die LINKE versagt, werden die neuen Nazis schon bald punkten. Schon bei der Wahl 2004 ist der Zusammenhang zwischen Wählern, die mit der Erststimme die PDS, mit der Zweitstimme Rechtsextreme wählten deutlich geworden. Auch der jährliche Thüringen-Monitor, der sich mit der politischen Kultur in Thüringen befasst, legt solche Befürchtungen nahe. Und die Nazis warten nur darauf, den BürgerInnen zu zeigen, wie sehr und an welcher Stelle die LINKE versagt und gegen selbst formulierte Grundsätze und Werte verstößt. Nicht genug, dass sich Nazis immer dort breit machen, wo sich der Staat, die Gesellschaft zurückzieht, aber ein Sozialabbau unter LINKEN-Ministern würde den Nazis nur neuerlichen und propagandistisch sehr gut verwertbaren Auftrieb geben. Die Verantwortung für eine gesellschaftliche Alternative zu streiten und das Risiko den Nazis hier in die Hände zu spielen ist enorm. Da wo die LINKE den Protest nicht aufnimmt und ihn kanalisiert, stehen wenig später die Nazis. Ob es sich um geschlossene Jugendeinrichtungen auf dem Lande handelt oder eine mobile Armenküche. Den Betroffenen ist letztlich egal, wer ihnen hilft, Hauptsache man hilft ihnen.

Hier wird die LINKE sehr schnell die Härte von Sachzwängen erfahren, wenn sie sich kein Konzept zurecht legt, wie sie die vielen Widersprüche erklärt, aushält und im besten Fall löst, die mit einer Regierungsübernahme verbunden sind. Der Ansatz Frank Kuschels, zu erklären, man sei grundsätzlich dagegen, könne aber im gegebenen Rahmen nur wenig, vielleicht gar nichts ändern, ist für viele BürgerInnen unbefriedigend, die sich konkrete Lösungen von einer LINKEN-Regierung versprechen. Gerade bei Fragen rund um Hartz IV fällt das sehr schwer. Wir lehnen Hartz IV ab und können auch über den Bundesrat nur wenig Einfluss geltend machen. Wie also vermittelt man BürgerInnen, dass man im Grunde gegen Hartz IV ist, es nun aber zu verwalten hat? Gerade deshalb ist es wichtig, inhaltliche Hürden für eine Beteiligung 2009 zu setzen, die klar machen, dass sich hier in Thüringen etwas verändert und die im Fall des Falles auch zu einem Bruch führen können müssen. Die Aussage, eine rosa-rote Regierung in Thüringen dürfe auf keinen Fall an der LINKEN scheitern, heißt im Klartext, wir sind bereit alles zu schlucken. Nur ob sich so gesellschaftliche Veränderungen realisieren lassen darf bezweifelt werden.

Das mit rosa-rot 2009 nicht die Revolution ausbrechen wird scheint klar zu sein. Doch welchen Weg gehen wir? Macht um jeden Preis? Da scheint es recht gut zu tun einen Blick nach Berlin, bzw. MeckPomm zu werfen. Nicht ohne auf die konkrete Politik dort einzugehen muss man vor allem aber die Methode, wie Verantwortung getragen wird, betrachten. Eine LINKE-Regierung mag für viele Veränderungen stehen. Jedoch und das kennzeichnet sie vor allem in Berlin, lässt sie innerparteiliche Kritik nur unzureichend zu. Die Identität, die

zwischen der Abgeordnetenfraktion und den Regierungsmitgliedern besteht ist geradezu erschütternd. Ist eine Fraktion nur Machtstütze und Wegbereiter für LINKE-Minister? Oder ist der Auftrag von Abgeordneten nicht vielmehr die Kontrolle der Regierung? Auch wir als Linksfraktion im Landtag werfen den Kollegen der CDU regelmäßig vor, unkritisch der eigenen Regierung gegenüber zu sein, aber haben wir die Kraft, Kritik aus den eigenen Reihen auszuhalten? Selbst auf kommunaler Ebene scheint es schwierig zu sein, mit Linken-Sozialdezernenten und Bürgermeistern. Häufig wird das Verwaltungshandeln mit dem Handeln der Stadtratsfraktion verwechselt, also der Unterschied zwischen politischen Gestaltern und Gesetzesverwaltern. Während die einen an gesetzliche Bestimmungen gebunden sind, ist die Aufgabe der anderen Politik in Gesetze zu formen. Hier ist ein wichtiger Unterschied, den wir gegenüber den bürgerlich konservativen deutlich machen müssen: Auch LINKE-Minister müssen kritisiert werden dürfen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine andere Vorstellung von Gesellschaft haben, und zum jetzigen System in Opposition stehen. Wenn eine rosa/rote Regierung dazu führt, dass Sachzwänge, die andere produziert haben von LINKEN verteidigt werden, werden wir schon längst versagt haben.